Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

108. J.

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17. Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 607.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. • Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate 1spaltige Petit-zeile 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Kl. 30 Pf. d. Wiederhol.-Rab., Inserate von Behörden zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschr. nach Tarif. Beilagen: Gesamtauf. 5 M. das Tsd.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Bureau Berlin W 10 Margarethenstraße 5. Fernsprech-Anschl.

Nr. 143. Freitag, den 20. März.

Das Wichtigste.

* Dem Landtage ist ein Eisenbahndekret zugegangen, worin eine erste Rate für den Bau einer vollspurigen Nebenbahn von Wurzen nach Eilenburg gefordert wird. (S. Pol. Uebers.)

* Der Reichstag schloß am Donnerstag die zweite Beratung des Etats für Deutsch-Ostafrika ab und trat in die Erörterung über den Etat für Südwestafrika ein. (S. Art. u. Ber.)

* Der Deutsche Handelstag hat am Donnerstag seine Beratungen beendet. (S. Ber.)

* Der französische Marineminister Monis hat seine Demission eingereicht. (S. Ausl.)

* **In Venedig ertranken bei dem Zusammenstoß des italienischen Torpedobootes „56 t" mit einem Passagierdampfer über 50 Personen.** (S. Letzte Dep.)

Europa, die Union und der Panamakanal.

Von Professor **Dr. Görcke.**

Der ziemlich allgemein verbreitete Glaube, der Panamakanal verdanke wirtschaftlichen Erwägungen sein Dasein, ist nur teilweise richtig. Allerdings ist die Inangriffnahme dieses zweiten Riesenunternehmens Ferdinand von Lesseps' hauptsächlich aus den glücklichen geschäftlichen Erfolgen seines Suezkanalbaues herzuleiten. Aber der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika drängte sich der Entschluß zu unbedingter Durchführung des auf französischer Seite zwar nicht formell, aber doch tatsächlich aufgegebenen Werkes um jeden Preis doch erst auf, als der Mangel eines Schiffsweges durch die Landenge sie vor eine unbequeme militärisch-politische Lage stellte. Das war, als beim Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges im Jahre 1898 eines der besten Schlachtschiffe der Union, die „Oregon", von der Westküste Amerikas einen Weg von 1600 Kilometer zurücklegen mußte, um die dringend nötige Verstärkung der Seestreitkräfte vor den Antillen zu ermöglichen. Ohne diesen Anlaß würde der endgültige Ausbau des Kanals zweifellos noch geraume Zeit haben auf sich warten lassen. Wenn wir gleichwohl in Kürze seine Eröffnung erleben werden, so hat das demnach in erster Linie nicht wirtschaftliche, sondern politische Ursachen.

Und in der Tat wäre es auch bedenklich, wollte man die große weltpolitische Bedeutung des neuen Seeweges über seiner weltwirtschaftlichen Wirkung gering einschätzen oder gar übersehen. Vielleicht ist jene gerade für Europa, also auch für uns Deutsche, sogar schwerwiegender als diese, mag auch die Erschwerung unseres wirtschaftlichen Wettbewerbes an der Westküste Amerikas, in Ostasien, Australien und in der Südsee gegenüber den Nordamerikanern infolge der großen Verkürzung der Seewege für diese gewiß nicht auf die leichte Achsel zu nehmen sein und andrerseits die Eröffnung neuer Routen unseren Schiffahrtsgesellschaften manchen Anreiz zu neuen Unternehmungen bieten.

Die Eröffnung des Kanals bezeichnet den Abschluß eines langen Ringens zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, das in diesem außer durch Frankreich hauptsächlich durch England vertreten worden ist. Ob allerdings der Abschluß endgültig sein wird, steht dahin. Seine Vorgeschichte und die notwendigen nächstliegenden Folgen des Kanalbaues deuten vielmehr auf politische Zukunftslagen, die den Großmächten noch manche Nuß zu knacken geben werden. Wird z. B. doch nun erst die Frage der berühmten Monroedoktrin wirklich akut, während sie bisher nur ein mehr oder weniger akademisches Interesse hatte.

Sie bildet übrigens in gewisser Weise auch den Ausgang des englisch-amerikanischen Kampfes um den mittelamerikanischen Kanal. Bekanntlich wurde in der Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten Monroe, die er am 2. Dezember 1823 der Volksvertretung zugehen ließ, der mit dem obigen Namen bezeichnete Grundsatz ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten jede zum Zweck der Unterdrückung unabhängiger amerikanischer Regierungen unternommene Einmischung anderer Staaten als eine den Vereinigten Staaten unfreundliche Handlung betrachten müßten und daß die Kontinente Amerikas nicht mehr als Gegenstände der europäischen Kolonisation angesehen werden dürften. Allmählich wuchs sich die nordamerikanische Auffassung etwa dahin aus, daß ganz Amerika, soweit nicht gerade europäische Mächte dort noch Besitzungen haben, als Interessengebiet der Union zu gelten habe und alle europäischen Beziehungen irgendwelcher Art eigentlich nur kraft nordamerikanischer Duldung beständen. So nahm z. B. Präsident Cleveland im englisch-venezuelischen Grenzstreit 1895 zufolge der Monroedoktrin das Schiedsrichteramt für sich in Anspruch.

Die Union trat bereits wenige Jahre nach dem 1821 erfolgten Abfall Zentralamerikas von Spanien mit den neuerstandenen Republiken in Verhandlungen über einen Kanalbau an irgendeiner Stelle ein, aber ohne Erfolg. Dagegen faßten diese Staaten selbst im Jahre 1823 den Beschluß, daß ein Kanal durch Nicaragua gebaut werden sollte, und vergaben auch die Bauerlaubnis dazu. Die Unternehmer fallierten. Auch mehrere andere Konzessionserteilungen brachten die Sache nicht weiter.

Währenddessen ließ der Präsident des damaligen Staatenbundes Neugranada (das heutige Kolumbia, Venezuela und Ecuador) eingehende Untersuchungen über Baumöglichkeiten anstellen, und diese wiederum erregten an verschiedenen Stellen Europas politisches Interesse; auch in England, das im Verfolg seiner nun einsetzenden Versuche, sich irgendwie die Herrschaft über den zukünftigen Kanal zu sichern, schließlich die Republik Nicaragua durch eine Besetzung der Mosquitoküste zu einem Vertrage (vom März 1848) gefügig machte. Nach diesem besetzte England unter anderem die Küstenstadt Greyton, in deren Nähe ein Kanal durch Nicaragua endigen mußte.

Die entrüsteten Nordamerikaner quittierten mit einem anderen Vertrage, der ihnen das alleinige Recht zum Bau eines Kanals durch Nicaragua gab, und erregten damit ihrerseits einen Sturm der öffentlichen Meinung in England. Nach verschiedenen weiteren Schachzügen von beiden Seiten endete der Wettstreit vorläufig in dem Clayton-Bulwer-Vertrage vom Jahre 1850. Er verpflichtete beide Mächte, niemals eine ausschließliche Kontrolle über den Kanal auszuüben, keine Befestigungen anzulegen, nicht zu kolonisieren und keine Herrschaft oder Protektorat über Mittelamerika auszuüben und schließlich gemeinsam die Sicherheit und Neutralität des Kanals zu garantieren; die anderen Mächte sollten aufgefordert werden, dem Vertrage beizutreten. Außerdem sollten gleiche Rechte für alle festgesetzt werden, die den Kanal benutzen würden.

Versuche der Amerikaner, von dem Vertrage wieder loszukommen oder einen entscheidenden Einfluß auf den allmählich in den Vordergrund des Interesses tretenden Panamakanal zu erhalten, scheiterten. Mittlerweile versuchten die Franzosen den Bau. Für England und die Union blieb aber die Lage im allgemeinen bis 1898 ganz unverändert. Da ließ das Uebergreifen der Vereinigten Staaten auf die Philippinen und andere Südseebesitzungen im Verlaufe des spanischen Krieges den Besitz einer mittelamerikanischen Wasserstraße bald noch notwendiger erscheinen, als es die Unannehmlichkeit der Oregonfahrt schon getan hatte. Indessen weigerte sich England nach wie vor, von seinen Rechten aus dem Clayton-Bulwer-Vertrage zurückzutreten. Bei dieser Lage der Dinge kam nun der Burenkrieg den Amerikanern gerade zurecht. England bequemte sich jetzt wohl oder übel zu einem neuen Abkommen vom Februar 1900, in dem den Vereinigten Staaten der Bau und die Aufsicht über den Kanal zugestanden, aber jede Befestigung oder Blockade des neutralen Kanals ausgeschlossen wurde.

Das genügte aber den Amerikanern durchaus noch nicht. Sie wollten den Kanal eben nicht als ein wirtschaftliches, sondern in erster Linie als ein politisches Instrument in Händen haben. Deshalb bedrängten sie die durch den Burenkrieg zur Ohnmacht verurteilten Engländer unausgesetzt von neuem, bis diese im zweiten Hay-Pauncefote-Vertrag vom 1. November 1901 der Not gehorchend noch weitere Zugeständnisse machten. Danach soll der Kanal den Schiffen aller Nationen unter völlig gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen. Er darf nie blockiert werden, keine kriegerische Aktion erleben, auch nicht angegriffen werden. Die Vereinigten Staaten haben das Recht zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine militärische Aufsicht auszuüben. Ein ausdrücklich ausgesprochenes Befestigungsverbot ist im Wortlaut nicht mehr enthalten.

Wie die Union sich die junge Republik Panama dann zur Durchsetzung ihrer Zwecke nutzbar machte, nachdem sie die bisherigen Kanalanlagen von der französischen Gesellschaft übernommen hatte, ist noch in guter Erinnerung. Heute steht das Unternehmen kurz vor der Vollendung, im vollen Besitze der Vereinigten Staaten, von ihnen sehr stark befestigt und als eins ihrer hauptsächlichsten militärischen Machtmittel betrachtet. Der bisher erfolglose Einspruch Englands gegen den geplanten Erlaß der Kanalgebühren für Schiffe der Union ist weniger eine politische als eine wirtschaftliche Angelegenheit; immerhin darf er als ein Zeichen für die auch politisch bedeutsame Kühnheit angesehen werden, mit der die Amerikaner den Vertrag nach ihren Wünschen auslegen.

In dem Ringen von etwa sieben Jahrzehnten ist also Europa unterlegen. Besonders England hat in seiner Bedrängnis während des südafrikanischen Krieges zurückweichen müssen und auch seitdem bei seiner eingebildeten steten Besorgnis vor einem deutschen Ueberfall nicht gewagt, seine politische Niederlage irgendwie wieder wettzumachen. Damit ist der bisher einzig dastehende Fall eingetreten, daß England einen hochwichtigen Seeweg erster Ordnung der Kontrolle eines anderen überläßt, weil es sich nicht mehr stark genug fühlt, diese zu hindern. Denn die andere Auffassung, England habe in dem Streit um die Neutralität des amerikanischen Kanals nachgegeben, weil es den Suezkanal in sicherer Hand habe und diesen für wirtschaftlich weit bedeutender halte, beachtet den Umstand nicht, daß England nunmehr tatsächlich von der unbeschränkten Herrschaft der Weltmeere zurückgetreten ist, die es doch tatsächlich bisher besaß und mit einem eigenen oder wenigstens neutralen Panamakanal auch weiter besitzen würde.

Aber gerade deshalb ist hier vielleicht das letzte Wort auch noch nicht gesprochen. Um so mehr, als die Existenz des Panamakanals in nordamerikanischen Händen noch weitere Aussichten bedenklicher Art für Europa und wiederum im besonderen für England eröffnet. Daß der neue Schiffahrtsweg die Stärke der Vereinigten Staaten zur See außerordentlich hebt, ist zweifellos. Zugleich aber bedeutet er für sie auch einen neuen Schwächepunkt, denn eine kriegerische Wegnahme oder auch schon Unbrauchbarmachung würde eine schwere Schlappe für die Union bedeuten. Und dabei liegt er weit vom Heimatlande entfernt inmitten von Staaten, deren Grenzen immerhin nahe genug sind, um von ihnen aus im Kriegsfalle gefährliche Handstreiche zu organisieren und ins Werk zu setzen. Dessen sind sich die Amerikaner auch wohl bewußt. Diese Situation muß den bereits in dem Anspruche der Monroedoktrin zum Ausdruck kommenden Panamerikanismus bedenklich stören und das Augenmerk der Nordamerikaner auf die Angliederung der mittelamerikanischen Staaten lenken. Die ersten Schritte dazu scheinen sogar bereits getan zu sein. Nikaragua soll sich verpflichtet haben, ohne Einwilligung der Vereinigten Staaten keinen Vertrag mit irgendeiner Macht abzuschließen, ebensowenig irgendwelche diplomatische Schritte zu unternehmen oder einen Krieg zu führen. Mit Columbien schweben seit langem Verhandlungen. Und nach einer Kabelmeldung aus New York soll Präsident Wilson dem Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten bereits die Mitteilung gemacht haben, daß man sich sofort nach Erledigung der mexikanischen Frage mit den mittelamerikanischen Republiken werde beschäftigen müssen.

Das sind die Vorstufen für die Ausdehnung der Macht der Union bis nach Südamerika hinein. Am nächsten wird durch ein solches Vorgehen England berührt, dessen Kolonie Honduras geradezu eingeschnürt wird. Aber auch das übrige Europa wird eine derartige Ausdehnung der Vereinigten Staaten nicht sorglos hinnehmen können, wird doch dadurch der jetzt schon gewichtige Druck der Union auf Südamerika noch bedeutend gesteigert und auch an sich ihr politischer und wirtschaftlicher Einfluß auf die weitere Umwelt, Europa, Kanada, Ostasien zu bedenklicher Höhe getrieben.

Vor einiger Zeit ging das Gerücht, die Reise des deutschen Botschafters bei der Republik Frankreich nach Berlin hätte gemeinsamen Schritten Frankreichs, Englands und Deutschlands in der Mittelamerikanischen Frage gegolten. Ob dem wirklich so war, ist öffentlich nicht bekanntgeworden. Durchaus erklärlich würde es jedenfalls sein, wenn sich diese drei am meisten interessierten Mächte nicht allein auf den augenblicklichen Gegensatz zwischen Mexiko und der Union und etwaige Unterstützung des ersten durch Japan im Konfliktsfalle verlassen wollten. England vor allem wird allen Anlaß haben, rechtzeitig seine Augen auf die Vorgänge in Mittelamerika zu richten, falls es nicht von vornherein eine schließlich sichere Ueberflügelung durch die Union kampflos hinnehmen will. Dazu dürfte ihm aber eine dauernde Besserung seines Verhältnisses zu Deutschland unerläßlich sein. Da diese selbstverständlich nur dadurch zu erreichen ist, daß England aufhört, fortgesetzt Deutschland in den Weg zu treten und seine Gegner zu unterstützen, so ist es angebracht, bei der Abschätzung der Folgen der Eröffnung des Panamakanals neben den erwähnten ungünstigen Aussichten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete auch die Möglichkeit einer uns gewiß erwünschten Annäherung der europäischen West- und Zentralmächte nicht außer Acht zu lassen. Wie es nun auch kommen möge, mag man die mittelamerikanischen Republiken und danach schließlich auch Südamerika widerstandslos der Union ausliefern, oder mag Europa Schritte tun, eine solche übermächtige Größe der Union zu verhindern, jedenfalls wird die Fertigstellung des Panamakanals den ursächlichen Anlaß zu hochbedeutenden politischen Vorgängen wahrscheinlich schon in nicht sehr ferner Zukunft bilden.

Jugendfürsorge.

⊙ **Berlin,** 18. März.

Wir leben, trotzdem mancher Eifer sich kühlte und in weiten Schichten der Egoismus, zumal der politische und wirtschaftliche, nach starker Betonung drängt, noch immer in einer sozial gestimmten Zeit. Und wir leben (obschon die Wendung allmählich ein wenig abgegriffen wurde) im „Jahrhundert des Kindes". Wir sorgen uns ganz ernsthaft um die heranwachsende Generation und ringen alle um die Jugend. Leider zeigt sich auch hier wieder das Erbübel der Deutschen, die es schlecht vertragen können, wenn andere nach anderen Konfessionen — das Wort hier im allerweitesten Verstande gebraucht — selig werden sollen. Ganz ohne Umschweife gesprochen: auf einem unendlich spröden, noch wenig beackerten Feld, wo nur durch Zusammenfassung aller Kräfte, straffe Zentralisation und Ausnützung der bewährten und gelernten Helfer etwas zu erreichen ist, meldet sich immer wieder das Verlangen, eine gesonderte Heerstraße zu ziehen und bei Bestrebungen, deren Ziel bei allen das gleiche ist, sich eine Extrawurst braten zu lassen. Heute sind es die Sozialdemokraten, die der ihrem so törichten wie verderblichen Bemühen, Hürden um ihre Gefolgschaft aufzurichten und alle nationalen Gemeinsamkeiten aufzulösen, sich eigene Organisationen schaffen, morgen ist es der eine oder andere an sich wohlmeinende Philanthrop, der bei den bisherigen Einrichtungen seine besonderten Ideen und Wünsche nicht genügend berücksichtigt fand und so zerrinnt als armseliger Kanal im Sande, was, in das rechte Bett geleitet, unserer Jugendfürsorge neue Antriebe hätte zuführen können. Für die besteht nämlich schon seit demnächst sieben Jahren eine zentrale Organisation, aus der bei immerhin beschränkten Mitteln durch eine glückliche Verbindung von beamteten Kräften und freiwilligen Helfern (nebenbei: meist weiblichen Helfern; wie denn überhaupt auf diesem Felde Frauen durch ihren Takt, ihre feinfühlige Behutsamkeit und ein reges soziales Verständnis ganz Ausgezeichnetes geleistet haben) ein Strom von Segen auf unsere notleidende und gefährdete Jugend geflossen ist. Diese Organisation, die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge", die am 23. April 1907 aus der Vereinigung zweier um die Jahrhundertwende gegründeter, bislang konkurrierender Vereine mit ähnlich weitgespannten Zielen erwuchs, hat sich ja als Hauptaufgabe gesetzt, die da und dort bestehenden Unternehmungen der Jugendfürsorge zusammenzuführen; zwischen den Behörden, der freiwilligen Fürsorgetätigkeit und der Bevölkerung zu vermitteln, in wissenschaftlichen Publikationen und regelmäßigen Versammlungen und Tagungen die einschlägigen Fragen zu erörtern und nach Möglichkeit zu klären und durch Anträge an die parlamentarischen Körperschaften auch auf Gesetzgebung und Verwaltung Einfluß zu üben.

Das sind Worte, werden uns manche Aber diese Worte gewinnen Leben, wenn m periodischen Veröffentlichungen der „Zentrale für Jugendfürsorge", den „Mitte. und den in der Regel ungemein anziehend denen Jahresberichten blättert. Da enthüll uns Nachtbilder unserer Gesellschaft, Höhlen Brutstätten der Verwilderung und des Lasters, nur wenige Schritte abseits von den Prunkstra unserer gepriesenen Hochkultur sich auftun, werd zugleich aber auch bescheiden und anspruchslos, dennoch beharrlich und mit tief eindringendem Verständnis in das Allzumenschliche aller sozialen Nöte die Wege gewiesen, auf denen so oder so dem Uebel ein wenig beigekommen werden könnte. Die Gesetzgebung hat mehr als einmal von den Anregungen der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge" profitiert: die Kommissionsfassung des Entwurfs über die Jugendgerichte, den, wir wollen hoffen, die heurige Session doch noch verabschiedet sehen wird, entstand unter ihrer Mitwirkung. Noch häufiger sind die Fälle des Zusammenarbeitens mit den staatlichen und städtischen Behörden, den Jugendgerichten und dem Berliner Polizeipräsidium. Solchem Zusammenwirken mit dem Berliner Vormundschaftsamt gelingt es z. B. häufig, die Fürsorgeerziehung individueller und den Anlagen des einzelnen Zöglings mehr entsprechend zu gestalten. In Berlin allein sind durch Vermittlung der Zentrale seit 1908 4469 Schutzaufsichten ausgeübt worden; von den im Berliner Polizeipräsidium eingelieferten Jugendlichen haben sich im Jahre 1912 474 ihrer Fürsorge erfreuen dürfen. Daneben geht dann natürlich die breite Masse jener Anlässe, wo die Zentrale direkt Hilfe leistet; wo sie zwischen Ehegatten vermittelt, zwischen Eltern und Kindern, wo sie für Unterbringung in Pflegestellen sorgt, die Kosten für Erholungsaufenthalt übernimmt und in Fällen schlimmster Not gar Lebensmittel, Heizmaterial und Kleidungsstücke beschafft.

Die Zentrale hat sich zudem noch als Auskunftsstelle für Behörden und Private bewährt und als tatkräftige Förderin des Kinderhortwesens in Deutschland. Durch ihre Bemühungen ist in Templin i. d. Mark die erste Anstalt für minderbemittelte Psychopathische ins Leben gerufen worden, denen sich bisher keine Heilstätte geöffnet hatte; die bestehenden Anstalten bedeuten selbst für den Beutel der Wohlsituierten eine starke Inanspruchnahme. Bei dieser steten Durchforschung der Nachtseiten des sozialen Lebens sind durch die Zentrale zum Teil ganz neue Einsichten gefördert worden. Vor allem hat man die verhängnisvolle Rolle begreifen gelernt, die der trunksüchtige Familienvater spielt; erkannt, wie der derzeitige Stand der Gesetzgebung in keinem Belang leider ausreicht, die Heranwachsenden und die Ehefrau vor dem Wüstling zu schützen. Das alles aber war doch nur durch eine straffe Zentralisation und Zusammenfassung zu ermöglichen. Dadurch, daß man ökonomisch arbeitete und nach einem großen Plan und das verderbliche, Kräfte und Mittel zerreibende Gegeneinanderarbeiten verschiedener Organisationen ausschloß. Nirgends ist der Kampf der Parteien so wenig angebracht wie auf diesem Feld; in der Beziehung gilt noch Wort für Wort, was bei einem von der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge" in Berlin veranstalteten Erörterungsabend vor zwei Jahren ausgeführt wurde. Was damals der Berichterstatter, der verdienstliche Neuköllner Bürgermeister Dr. Weinreich, darlegte, und was hinterher in der Diskussion von Vertretern aller Parteien und Richtungen zugegeben ward, das ist heute noch genau so richtig; in diesen Stücken gibt es eben nur ein Ziel, und nur in gemeinsamem Wirken ist es zu erreichen.

Bismarck-Film.

Von heute ab wird auch in Leipzig der Film abgerollt werden, der das Leben Bismarcks zur Darstellung bringt. Wer ihn sich anschaut, unterstützt damit das Nationaldenkmal auf der Binger Höhe. Er wird aber auch eine besondere Freude genießen, indem er alle Einzelheiten jenes gewaltigen Lebens im Fluge überblickt. Das Kind, der Student, der junge Staatsmann, der Gutsherr und Ehemann, Deichhauptmann, Botschafter, Bundes- und Reichskanzler, der Alte von Friedrichsruh, alles, was uns an ihm lieb ist, Kleines und Großes, Anekdoten und weltbewegende Ereignisse, Scherz und Ernst, vor allem das rein Menschliche an „unserem" Bismarck genießen wir im engen Raum einer Stunde. Wer da nicht tief ergriffen nach Hause geht, dem ist nicht zu helfen. Auch künstlerisch steht die Vorführung auf großer Höhe. Der Schauspieler, dem es in so ausgezeichneter Weise gelang, den Mann zu verkörpern, hat sich den Dank der Nation verdient.

In Berlin bot der Kampf um die Plätze im Mozart-Saale, die Spannung, Hingabe, Begeisterung des Volkes, dem hier für verhältnismäßig billiges Geld Unschätzbares geboten wurde, einen unvergeßlichen Anblick. Der vielgescholtene Kientopp im Dienst edelster, vaterländischer Kunst! Das sollte denen zu denken geben, die glauben, geistreich zu sein, wenn sie diese neue Erscheinung unterschiedslos wegwerfend beurteilen. Bekanntlich liegt dem Reichstage eine Novelle zur Gewerbeordnung vor, die die Kinematographentheater einer Beschränkung unterwerfen will. Sie fallen zurzeit noch nicht unter § 33a der Gewerbeordnung, wo auch von theatralischen Darstellungen die Rede ist, bei denen „ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft" nicht „obwaltet". Ihnen sollen nunmehr die „Lichtspiele" — man beachte das gute deutsche Wort — angereiht werden. Also auch ein Film, wie der oben besprochene! Aber gerade er lehrt uns, wie hier eine neue Kunstform im Aufblühen begriffen ist, die als schlechthin niedere zu kennzeichnen ganz verkehrt wäre. Solche Vorführungen können himmelhoch über gewissen rein theatralischen Aufführungen stehen, selbst über solchen, bei denen ein höheres Kunst-

SLUB
Wir führen Wissen.